

Berlin, 21. August 2005  
Tel.: 030-24009-236  
Fax: 030-24009-541  
E-Mail: wahlpruefsteine@linkspartei.de

[Linkspartei.PDS, Kl. Alexanderstr. 28, 10178 Berlin](#)

Wunschkind e.V.  
Der Verein der Selbsthilfegruppen  
für Fragen ungewollter Kinderlosigkeit  
Frank Veenstra  
1. Vorsitzender  
Bergstraße 8

40627 Düsseldorf

## **Antworten auf Ihre Fragen**

Sehr geehrter Herr Veenstra,

vielen Dank für die Zusendung Ihrer Forderungen und Ihr Interesse an den Positionen der Linkspartei.PDS. Anbei finden Sie unsere Antworten darauf.

Wenn Sie Nachfragen haben, wenden Sie sich bitte einfach wieder an uns. Weitere Informationen zur Politik der Linkspartei.PDS finden Sie auch im Internet unter der Adresse [www.sozialisten.de](http://www.sozialisten.de).

Mit freundlichen Grüßen

Claudia Gohde  
Leiterin des Wahlquartiers 2005  
Die Linkspartei.PDS

Wenn Sie die Linkspartei.PDS finanziell unterstützen möchten, können Sie spenden unter <http://sozialisten.de/service/spenden/index.htm> oder an Parteivorstand der Linkspartei.PDS, Konto-Nr. 5000 6000 00, BLZ 100 900 00, Berliner Volksbank eG, unter dem Stichwort „Wahlkampfspende“. Vielen Dank.

## Antwort der Linkspartei.PDS auf die Forderungen von Wunschkind e.V.

Ungewollte Kinderlosigkeit ist für Paare mit Kinderwunsch ein großes Problem, kann aber aus unserer Sicht *nicht* Grund für die Erfüllung der von Ihnen erhobenen Forderungen sein.

Ein erweitertes Embryonenschutzgesetz in Ihrem Sinne (bezogen auf Ihre Forderungen) würde die Weichen stellen für eine lobbygesteuerte Ausweitung der neuen „Freiheiten“, die nicht allein zur Erfüllung des Kinderwunsches zur Anwendung kommen würden. Missbräuchliche Anwendungen (Leihmütter, Schwangerschaften in fortgeschrittenem Alter, Frauen als Gebärmaschinen instrumentalisiert) sind unter den herrschenden gesellschaftlichen Bedingungen, die fast ausschließlich von ökonomischen Interessen/-gruppen diktiert werden, vorprogrammiert. Der geklonte Mensch rückt in den Bereich des Machbaren. Einer solchen Entwicklung versagen wir unsere Zustimmung.

Die Schaffung einer kinderfreundlichen Gesellschaft, in der Kinderarmut beseitigt ist, sozial gleicher Zugang zu Bildung gewährleistet wird, Kindererziehung und Beruf vereinbar sind u. a. m., ist Ziel unserer Politik und würde die Geburtenrate sicher günstig beeinflussen. Darüber hinaus fordern wir z. B. aber auch Erleichterungen für Paare, die Kinder adoptieren wollen (einschließlich gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften).